

Schwarzer, Daniela

Research Report

Frankreichs Qualen 2007: Die Krise des republikanischen Modells manifestiert sich im Präsidentschaftswahlkampf

SWP-Aktuell, No. 22/2007

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schwarzer, Daniela (2007) : Frankreichs Qualen 2007: Die Krise des republikanischen Modells manifestiert sich im Präsidentschaftswahlkampf, SWP-Aktuell, No. 22/2007, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254672>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreichs Qualen 2007

Die Krise des republikanischen Modells manifestiert sich im Präsidentschaftswahlkampf

Daniela Schwarzer

Zwischen April und Juni 2007 wählt Frankreich ein neues Staatsoberhaupt und Parlament. Spätestens nach der Sommerpause dürfte eine neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen. Die politische Führung steht dann vor der schwierigen Aufgabe, der »Grande Nation« neue Orientierung zu geben. Der Wahlkampf zeigt, wie stark die politische Basis der Parteien erodiert ist. Ähnlich wie in Deutschland, Italien oder den Niederlanden sind daher auch in Frankreich keine klaren Mehrheiten zu erwarten. Das Ergebnis von 2002, als ein Drittel der Wähler im ersten Wahlgang für Extremisten des rechten und linken Lagers stimmte, könnte sich wiederholen. Auch das »Nein« im Referendum zum Verfassungsvertrag 2005 demonstrierte, wie viel die politischen Eliten an Mobilisationswillen und -kraft verloren haben – und welche Blockademacht Frankreich in der EU entfalten kann. Entscheidend für die Kooperation mit Deutschlands wichtigstem europapolitischem Partner ist, inwieweit der im Wahlkampf bei fast allen Kandidaten aufgeflackerte Populismus und latente oder manifeste Nationalismus nach den Wahlen politikbestimmend weiterwirkt.

»In den letzten 20 Jahren haben sich die Franzosen zusehends von Frankreich entfremdet. Eine scheinbar endlose wirtschaftliche Krise ist ausgebrochen. Viele haben das Vertrauen verloren, das sie an die Gesellschaft band. Es gibt Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung.« So beschreibt nicht etwa einer der Präsidentschaftskandidaten 2007 die aktuelle Situation Frankreichs. Nein, so sprach Jacques Chirac 1995 als Bewerber um das höchste Staatsamt über die »kollektive Depression« der Franzosen und trat an, die »sozialen Risse« im Land zu kitten: Er wollte als Präsident die Arbeitslosigkeit verringern, die

sozialen Ungerechtigkeiten der *Banlieues* bekämpfen und Frankreich auf einen Wachstumskurs bringen, an dem alle teilhaben sollten.

Dürftige Bilanz der Ära Chirac. Heute ist die Situation in all diesen Bereichen ähnlich oder schlechter als vor zwölf Jahren. Der Neo-Gaullist (UMP) lässt nach einer sieben- und einer fünfjährigen Präsidentschaft die Republik in einer tiefen Orientierungskrise zurück.

Chirac hat es versäumt, Frankreich auf die Herausforderungen von Globalisierung und innereuropäischem Wettbewerb vor-

zubereiten. Statt dessen hielt er an überholten Vorstellungen von einem französischen Sonderweg fest. Entsprechend gering ist heute die Zustimmung zur notwendigen Modernisierung des Wirtschafts- und Sozialsystems.

Dabei sind die Realitäten unverkennbar: Die Industrie hat in den vergangenen Jahren global und europäisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Arbeitslosigkeit lag in den letzten zwölf Jahren durchschnittlich bei 10%. Während die Wirtschaft im Durchschnitt zwar kräftiger wuchs als jene im wiedervereinigten Deutschland, wurde Frankreich von Großbritannien und Irland in puncto Pro-Kopf-Einkommen überholt. Der öffentliche Schuldenstand erhöhte sich schneller als in allen anderen Ländern der EU und liegt heute bei 66% des BIP. Im Schulterchluss mit Deutschland durchbrach Frankreich mehrere Jahre in Folge die Obergrenzen für die Neuverschuldung des Stabilitätspakts.

In einer Umfrage sind 54% der Befragten der Ansicht, dass sich ihr Land im Niedergang befindet. Nur 12% sind vom Gegenteil überzeugt. Die wahlentscheidenden Themen sind 2007 sozialer und wirtschaftspolitischer Natur.

Ihre Frustration über die politische Führung hat die Bevölkerung mehrfach zum Ausdruck gebracht: 2002 erhielt Jacques Chirac im ersten Wahlgang lediglich 19,9% der Stimmen – und lag damit nur drei Prozentpunkte vor Jean-Marie Le Pen (Front National), seinem rechtsradikalen Herausforderer in der Stichwahl. Am 29. Mai 2005 versagte die Bevölkerung der politischen Elite im EU-Verfassungsreferendum die Gefolgschaft. Im folgenden Herbst verwüsteten Jugendliche im Protest gegen soziale Ausgrenzung und Chancenlosigkeit die Vorstädte. Ein Jahr später zwangen Demonstrationen die Regierung zur Aufgabe des Kernstücks einer Arbeitsmarktreform, die das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit mildern sollte. Ähnlich unentschlossen fielen unter Chirac die Reformen des Gesundheits- und Rentensystems aus – und dies obwohl er nicht nur

die Regierung vollständig kontrolliert, sondern zudem über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verfügt. Ein neuer sozialer Dialog wurde versprochen – geändert hat sich an der Konfrontationskultur der Sozialpartner nichts. Der Präsident, der nach seinem zweiten Wahlsieg politische Erneuerung versprach, ist nach aktuellen Umfragewerten unbeliebtestes Staatsoberhaupt der Fünften Republik.

Die politische Frustration der Bevölkerung macht sich jedoch nicht allein an Chirac fest. Befragungen zeigen eine wachsende Ablehnung »der« Elite – und das Misstrauen wächst weiter. Im Oktober 2006 gaben nur noch 24% der Befragten an, dass sie Vertrauen in die Regierung hätten. Den Parteien trauten noch ganze 12% über den Weg. Analysen des Instituts CEVIPOF zeigen, dass die politische Frustration die Mittelschicht erreicht hat. Der Kern der Gesellschaft wendet sich vom System und seinen Entscheidungsträgern ab. Vor diesem Hintergrund ist der Wahlkampf 2007 von fünf Trends geprägt.

Trend I: Ungebundene Wähler, keine klaren Mehrheiten. Wie in anderen westlichen Demokratien ist auch in Frankreich die Bindung an die Großparteien schwächer geworden. Grund ist nicht nur die Erosion des Rechts-Links-Gegensatzes (siehe unten). Im Wahlkampf 2007 verschrecken die beiden ehemals aussichtsreichsten Kandidaten Teile ihrer Stammwählerschaft: Der Konservative Nicolas Sarkozy (UMP) vergrault mit harten Law-and-Order-Positionen und seiner Ausgrenzungsrhetorik Traditionswähler des bürgerlichen Lagers, denen die Rechtslastigkeit zu weit geht. Die Kandidatin der Parti Socialiste (PS), Ségolène Royal, enttäuscht PS-Anhänger mit inhaltlichen Fauxpas und mangelnder programmatischer Tiefe und Konsistenz.

Wie bei den letzten nationalen (2002) und regionalen Wahlen (2004) und auch beim Referendum zum Verfassungsvertrag (2005) zeichnet sich 2007 ab, dass die zu Wahlkampfzeiten fast täglich veröffentlichten Meinungsumfragen zur Voraussage der

Wahlergebnisse quasi nutzlos geworden sind. 2007 ist das Potenzial ungebundener, unentschlossener und verunsicherter Wähler, die zu Nicht-, Protest- oder Wechselwählern werden können, größer denn je.

Da die Bevölkerung immer weniger auf eine Partei oder Person festgelegt ist, fällt die Wahlentscheidung in immer kürzerer Frist vor dem Wahltermin. Vier Wochen vor der ersten Runde war noch rund die Hälfte der Wähler unentschieden, deutlich mehr als im Vergleichszeitraum 2002.

Ein wahrscheinliches Szenario ist, dass vier in etwa gleich starke Blöcke jeweils etwa 18 bis 23% der Stimmen auf sich vereinigen: die konservative Sammelpartei UMP, die Sozialistische Partei PS, die zentrumsdemokratische UDF und ein rechts-extremer Block aus Front National (FN) und Mouvement pour la France (MPF).

So könnten 2007 erneut Personen in der Stichwahl stehen, die im ersten Wahlgang nur je ein Fünftel der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Wieder könnte im ersten Wahlgang ein Kandidat scheitern, der im zweiten Chancen auf den Sieg hätte. Dies erlebte Lionel Jospin 2002, als er Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen an sich vorbei in die Stichwahl ziehen lassen musste. Wie damals gilt 2007: Bei mehreren Kandidaten mit rund 20% der Wählerstimmen sind die Faktoren, die am Ende darüber entscheiden, wer die Plätze eins und zwei belegt, situationsabhängig und kaum prognostizierbar. Entsprechend heiß dürften die letzten Wahlkampfwochen vor der ersten Runde am 22. April werden.

Trend II: Verwischte Grenzen zwischen rechts und links. Ähnlich wie bei der Präsidentschaftswahl 2002 sind die Trennlinien zwischen dem gemäßigten rechten und linken Lager verwischt. Dies gilt seit längerem für den ehemals von ideologischen Abgrenzungsmarkierungen durchzogenen Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Seit der Machtübernahme François Mitterrands im Jahr 1981 hat sich die PS von vielen ihrer traditionellen Positionen verabschiedet. Im Zuge einer inter-

nationalen Ausbreitung liberalen Gedankenguts und fortschreitender Globalisierung näherten sich die wirtschaftspolitischen Positionen denen des bürgerlichen Lagers an. War vor 1981 der Marxismus noch eine klare Referenz und der staatlich organisierte Sozialismus ein erklärtes Ziel der PS, wurde die soziale Marktwirtschaft – wenngleich mit starker Rolle für den Staat – für die PS in der Regierungsverantwortung zum neuen Leitbild. Ein in der Wirtschaft aktiver Staat ist jedoch kein Merkmal, das UMP und PS unterscheidet.

In den achtziger und neunziger Jahren etablierten sich die Themen innere Sicherheit und Immigration als neue Trennlinie zwischen den Parteien. Sarkozy schärfte in seiner Doppelfunktion als Innenminister und Parteichef das Profil der UMP in diesem Themenfeld. In jüngster Zeit allerdings hat Royal – etwa mit dem Vorschlag, jugendliche Straftäter in den Militärdienst zu schicken oder jeden Haushalt am Nationalfeiertag eine Tricolore aus dem Fenster hängen zu lassen – traditionelle PS-Grenzen zum rechten Lager überschritten.

Der UDF-Kandidat François Bayrou hat die Verwischung der Grenzen zwischen rechts und links zum Ziel seiner Politik erklärt, die auch den unentschlossenen Wählern entgegenkommen soll. Im Falle seines Wahlsiegs will der Zentrist einen linken Premierminister benennen (sein Wunschkandidat ist der frühere PS-Finanzminister Dominique Strauss-Kahn) und eine parteiübergreifende Regierung einsetzen. Ihr allein spricht er das Potenzial zu, Frankreich auf Modernisierungskurs zu bringen. Dies könnte Erfolg haben, denn die Wähler bewegen sich mit zunehmender Leichtigkeit über die ehemals tiefen, nun aber zusehends flacheren ideologischen Gräben zwischen rechts und links.

Trend III: Amerikanisierung: Das Programm wird im Wahlkampf entwickelt. In den Wahlkampf starteten Royal, Sarkozy und auch Bayrou ohne klar umrissenes Programm. Die Programme ihrer Parteien spielen eine geringe Rolle,

was die Verwischung des Rechts-links-Gegensatzes fördert. Teilweise stehen widersprüchliche Programme nebeneinander. Dies erlaubt ein kurzfristiges Umschwenken auf das jeweils opportune Parallelprogramm.

Erst nach und nach haben die Kandidaten ihre Positionen der Öffentlichkeit vorgestellt und einzelne Punkte Zustimmungstests unterzogen. Wenn die Meinungsumfragen in Frankreich heute noch eine Bedeutung haben, dann die, dass sie den Kandidaten erlauben, ad hoc auf Stimmungsschwankungen zu reagieren. Im Falle Royals ist dabei die Gefahr erkennbar geworden, dass sich bei der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, sie habe kein strukturiertes und konsistentes Programm.

Trend IV: Persönlichkeitswettbewerb um die beste Outsider-Story. Frankreichs Präsidentschaftswahl ist eine Persönlichkeitswahl *par excellence*. Nicht nur im Wahlkampf, auch in der folgenden Amtszeit erhebt sich der neue Amtsinhaber traditionell über seine Partei und ihr Programm – und wie die Geschichte zeigt, auch häufig über die eigenen Wahlversprechen. Affären und Skandalgeschichten spielen 2007 auf Kosten der programmatischen Auseinandersetzung eine größere Rolle als 2002.

Im Ringen um die Medienaufmerksamkeit eint die Kandidaten dieselbe Strategie: Als Reaktion auf die Elitenverdrossenheit positionieren sie sich – mit lediglich bedingtem Erfolg – als Outsider des »Pariser Apparats«. Ségolène Royal gibt die neue Kraft der Provinz. Nicolas Sarkozy forderte den völligen Bruch mit einem System, dem er seit 2002 (mit einer kurzen Unterbrechung) als Minister angehört. François Bayrou, ehemaliger Bildungsminister und seit Jahrzehnten Abgeordneter der Nationalversammlung, versucht sich in der Rolle des Landwirts, der Paris auf dem Traktor erobert. Am leichtesten fällt die Outsiderrolle dem Rechtspopulisten Jean-Marie Le Pen, der in seinem nunmehr fünften Präsidentschaftswahlkampf gegen das politische »Pariser« Establishment wettort.

Trend V: Alternative Öffentlichkeiten auf dem Vormarsch. Der Wahlkampf wird nicht mehr allein über die Pariser Traditionsmedien (Fernseh- und Radiosender sowie die nationale Presse) geführt. Teile der Kampagne verlagern sich ins Internet. Sogar in der virtuellen Welt »Second Life« (Zweites Leben) werben die Kandidaten um die Gunst der Wähler.

Stärker als 2002 entwickeln sich zudem alternative Kampagnen gegen einzelne Kandidaten. Am dynamischsten ist die Bewegung gegen Nicolas Sarkozy, die sich verschiedenster Kommunikationsformen bedient: vom gut verkauften realistischen Comic »La face karchée de Sarkozy« über Anti-Sarkozy-Weblogs und -Webseiten, eine Reihe weitverbreiteter Anti-Sarko-Lieder (meist von jungen Interpreten aus den Vorstädten) bis hin zu Videos und Kurzfilmen, die über Youtube und andere Medien gestreut werden. Die Kampagne konzentriert sich auf sein innenpolitisches Hardlinerimage, seine als diskriminierend empfundenen Äußerungen über Immigranten und die Tatsache, dass er als Innenminister bis wenige Wochen vor der Wahl Polizei, Gemeindienst und den Wahlapparat kontrolliert, der ihn ins Amt heben soll.

Während Sarkozy nachgesagt wird, dass er massiv Einfluss auf einige der etablierten Medien nimmt, ist die Off-Kampagne unkontrollierbar. Die Dynamik der Entwicklungen erinnert daran, dass der Sieg der »Nein«-Kampagne gegen den Verfassungsvertrag im Mai 2005 nicht zuletzt mit Hilfe der Aktivisten im Internet errungen wurde.

Vier Köpfe, die das Rennen bestimmen

Ein Dutzend Kandidaten ziehen in die erste Runde der Wahl. Keine Aussicht, die zweite Runde zu erreichen, haben die Vertreterinnen der Grünen (Dominique Voynet) und der Kommunisten (Marie-George Buffet) sowie die Vertreter radikaler Splitterparteien. Davon ist Philippe de Villiers (Mouvement pour la France) dem nationalistischen Spektrum zuzuordnen. Olivier Besancenot

(Ligue Communiste Révolutionnaire), Arlette Laguiller (Lutte Ouvrière), Gérard Schivardi (Parti des travailleurs) und José Bové gehören dem linksradikalen Lager an. Frédéric Nihous (Chasse-Pêche-Nature-Traditions) vertritt eine Partei für ländliche Regionen, Natur und Jäger.

Lange Zeit galt das Duell Ségo-Sarko als wahrscheinliches Szenario für die Stichwahl am 6. Mai 2007. Neben Jean-Marie Le Pen, der aufgrund seiner starken rhetorischen Präsenz im Wahlkampf deutlich auf die Positionen der anderen Kandidaten einwirkt, hat sich rund sechs Wochen vor dem ersten Wahlgang mit François Bayrou (UDF) ein »dritter Mann« etabliert, der Chancen auf eine Teilnahme an der Stichwahl hat. Wie positionieren sich diese vier Kandidaten im Hinblick auf die wahlbestimmenden Trends?

Nicolas Sarkozy – Hardliner, Wirtschaftspopulist, »europäischer Staatsmann«

Nicolas Sarkozy (52 Jahre) ist seit seiner ersten Amtszeit als Innenminister bekannt und berüchtigt als äußerst agiler und provozierender Politiker. Für seinen amerikanischen Wahlkampf nutzt er die Sammelpartei UMP, die 2002 als Wahlverein für Jacques Chirac gegründet wurde: Der Parteitag zur Kandidatenwahl glich mit 80 000 jubelnden Teilnehmern (und 98% Zustimmung) einer napoleonischen Inthronisierungsfeier.

Um dem Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen entgegenzutreten, positioniert sich Sarkozy in einigen innenpolitischen Fragen rechts der Mitte. Jenseits seiner Law-and-Order-Politik sind die Betonung der nationalen Identität, das Versprechen von Steuersenkungen und Arbeitsrechtsreformen und die Hervorhebung religiöser Werte eindeutige Botschaften an das konservative Lager.

Will Sarkozy jedoch in der Stichwahl bestehen, muss er Wähler der Mittel- und Arbeiterschicht ansprechen. Diese aber sind »Speedy Sarko« gegenüber mehrheitlich skeptisch eingestellt – der oft als »neoliberal«, »pro-amerikanisch« oder »rechts-

national« kritisierte Kandidat flößt Angst ein. Mit Blick auf diese Wählerschaft verknüpft er daher seine Ankündigung, das bestehende System aufzubrechen, mit dem Versprechen, neue soziale Aufstiegschancen zu schaffen. Er will die Kaufkraft der Bevölkerung steigern und teilt das Gros der Kritik der Sozialistin Royal an der Europäischen Zentralbank. In Fragen der Industriepolitik nimmt er national-protektionistische Positionen ein. Damit knüpft er an seine Zeit als Wirtschafts- und Finanzminister an, während der er 2004 bei mehreren Fusions- und Übernahmeschlachten französische Interessen durchboxte (u.a. Alstom-Siemens, Sanofi-Synthélabo-Aventis).

Europapolitisch hat sich Sarkozy zum institutionellen Reformbedarf der EU bekannt. Einen »normalen Vertrag« (*traité ordinaire*) will er parlamentarisch ratifizieren lassen und dann erst einen Prozess zur Erarbeitung eines Verfassungsvertrags starten. Eindeutig spricht er sich gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei aus und greift so die große Ablehnung der Bevölkerung auf.

Ségolène Royal – Unverbraucht aus der Provinz: Weiblichkeit und Bürgernähe

Ségolène Royal (53 Jahre), die sich im PS-internen Wettbewerb am 16. November 2006 mit 60% der Stimmen klar durchgesetzt hat, pflegt das Image der jungen, dynamischen und unverbrauchten Kandidatin mit neuem Team.

Erst als sie zu Beginn des Jahres 2007 in den Umfragen stark an Zustimmung verlor, griff sie auf die alten »Elefanten« der Parti Socialiste zurück. Royal berief den glücklosen Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2002, Lionel Jospin, und ihre zwei parteiinternen Konkurrenten um die diesjährige Kandidatur, Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius, in ihren Kampagnenstab.

Ogleich Royal erst 2004 Präsidentin der Region Poitou-Charentes wurde, präsentiert sie sich im Wahlkampf als Kandidatin aus der *Province* und blendet die Ausbildung an der Kadenschmiede Ecole nationale

d'administration (ENA) sowie ihre drei Minister- und Staatssekretärinnenämter zwischen 1994 und 2004 aus. Allerdings nimmt ihr die französische Öffentlichkeit Beteuerungen nicht ab, kein Teil der *oligarchie parisienne* zu sein.

Um diesem Image entgegenzuwirken, propagiert sie einen neuen partizipatorischen Politikstil. Royal lud nicht nur zu 5000 öffentlichen Dialogforen ein. Gleich nach der Sommerpause will sie Verfassungsänderungen einleiten (u.a. mehr Rechte für das Parlament, die Einrichtung von Bürgerjurys), die die Sechste Republik begründen sollen. Auch in europäischen Fragen verlässt sie sich auf Volkes Stimme: einen neuen Vertrag zur Reform der EU-Institutionen will sie einem weiteren Referendum unterziehen. Bei der Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei will sie »der Meinung der Franzosen folgen«, hat sich jedoch in ihrem jüngst veröffentlichten Buch für den Beitritt ausgesprochen.

Für Enttäuschung sorgte ihr 100-Punkte-Plan, der abgesehen von einzelnen Leuchtturmprojekten mit bekannten PS-Positionen aufwartet und in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit nicht den von ihr zum Motto erhobenen Wandel erkennen lässt. Dadurch verlor die Kandidatin, die zu Beginn der Kampagne eine ausgedehnte Projektionsfläche für politische Wünsche einer breiten Wählerschaft bot, das Image der politischen Erneuerin.

François Bayrou – unideologischer Rebell der Mitte ohne Apparat und Erfolgsbilanz

François Bayrou hingegen gelang es recht früh, sich als Outsider zwischen den Großparteien zu etablieren. Geschickt gerierte er sich als Opfer der Medien, die seiner Aussage nach als Teil des Pariser Establishments kleinere Parteien diskreditieren. Obwohl er wiederholt Kompromisse etwa mit den Bürgerlichen gesucht hat, konnte Bayrou sich als »neue« Wahlalternative im gemäßigten Lager behaupten.

Dabei hilft dem 55-jährigen, dass er sich 2002 erfolgreich dem Anschluss seiner Partei an die konservative Sammlungs-

bewegung UMP widersetzte, die Chirac unmittelbar nach dem Erfolg Le Pens im ersten Wahlgang als demokratische rechte Antwort gegründet hatte. Obwohl einige prominente Politiker, wie der heutige Außenminister Philippe Douste-Blazy, mit wehenden Fahnen von der UDF ins Lager der UMP wechselten und so die Zentristen schwächten, vermochte Bayrou die UDF als eigenständige Partei im nationalen und Europaparlament solide zu verankern.

Je größer der Medienrummel um Bayrou in den letzten Wochen wurde, desto deutlicher positionierte er sich als bodenständige Vaterfigur, die unaufgeregt und frei von ideologischer Voreingenommenheit in die Debatten eingreift und sich jedem Dogmatismus verweigert.

Seine Schwäche ist, dass er auf keine nationale Erfolgsbilanz verweisen kann. Von seiner Amtszeit als Bildungsminister blieb vor allem eine gescheiterte Reform in Erinnerung. Fraglich ist zudem, ob er genug Personen und Expertise sammeln kann, um nicht nur das Präsidentenamt gut auszufüllen, sondern auch im Parlament eine solide Mehrheit hinter sich zu bringen. Bayrou hat bereits angekündigt, mit einer Regierung arbeiten zu wollen, in der gemäßigte Politiker aller demokratischen Parteien vertreten sind.

Jean-Marie Le Pen – rechtsradikaler Wahlveteran mit neuen Zielgruppen

Der Chef des Front National bezeichnet sich gerne als »Volkstribun«. In Analogie zur Römischen Republik, in der Volkstribune das Volk gegen Übergriffe der Adelskaste verteidigten, gibt Le Pen den Rächer des kleinen Mannes am Establishment. Denn dieses hat aus seiner Sicht in den letzten Jahrzehnten so manche Gefährdung verschuldet: die Einwanderungspolitik bedrohe die französische Identität, eine unkontrollierte Globalisierung unterminiere das Sozialsystem als Herzstück der Republik, die überbordende Kriminalität sei nur durch Wiedereinführung der Todesstrafe einzudämmen. Juden-, schwulen- und fremdenfeindliche Töne gehören

seit Jahrzehnten zum rhetorischen Repertoire des 78-Jährigen.

Unter dem wachsenden Einfluss seiner Tochter Marine Le Pen, die als seine Nachfolgerin an der Spitze des FN gehandelt wird, hat er sich Zurückhaltung auferlegt, um verunsicherte Wähler aus den gemäßigten Lagern zu gewinnen. Mit 50 Jahren politischer Erfahrung wuchert er mit Alter und Weisheit als Pfunden, um den FN nicht nur als Protestbewegung, sondern als glaubhafte Alternative zu positionieren. In der Substanz bleibt er aber Extremist. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass er in seiner diesjährigen Kampagne erstmals Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund anspricht.

Die »Lepenisation« Frankreichs

Obgleich der FN keinen Sitz in der Nationalversammlung hat, prägen die Rechtsextremisten den politischen Diskurs in Frankreich seit Jahrzehnten mit. Sichtbar reagieren Sarkozy und Royal auf die Konkurrenz am rechten Rand mit Äußerungen zur Sicherheit und nationalen Identität, die Kommentatoren als (deutlich) rechts der Mitte lokalisieren. Die »Lepenisation« ist jedoch kein bloß wahltaktisches Manöver. Regelmäßig weisen Autoren auf einen tief in der französischen Gesellschaft verankerten und sich ausbreitenden Rassismus hin, der sich nicht nur in einem stabilen Anteil von um die 20% der Stimmen für den Front National und den Mouvement pour la France, sondern auch zunehmend im gesellschaftspolitischen Alltag manifestiert.

Rassistisches Verhalten und Voten für extremistische Parteien werden häufig als Ausfluss einer »sozialen Wut« erklärt, die durch wirtschaftliche und soziale Sorgen bei Arbeitslosen, der Arbeiter- und der unteren Mittelschicht ausgelöst wurde. Rassismus und Extremismus lassen sich jedoch nicht als bloße Ausdrucksform einer sozialen Rebellion von unten deuten. Die »Lepenisation des esprits« manifestiert sich seit Beginn der neunziger Jahre in einem Diskurs über Immigration und innere

Sicherheit, bei dem gemäßigte Politiker sich der Argumente, Denkschemata und des Vokabulars des FN bedienen. Der in der französischen Gesellschaft um sich greifende Ausgrenzungswille ist ein von der politischen Klasse mitproduziertes Phänomen, das sich auch aufgrund einer weitgehenden Kritiklosigkeit der Medien ausbreiten konnte.

Im Hintergrund dieser Entwicklung erstarkt eine holistisch-neokonservative Geisteshaltung, die besonders die zur Abgrenzung dienenden Elemente des gesellschaftlichen Lebens betont, wie Geschichte, Sprache, Kultur. Angesichts dessen frap-piert die geringe Präsenz linker und liberaler Intellektueller in der französischen Debatte. Nach außen übersetzt sich der identitätsbasierte Nationalismus unter anderem in Konzepte wie die »Frankreich zuerst«-Rhetorik Le Pens, aber auch im »Patriotisme économique« der Regierung Villepin-Sarkozy oder in protektionistischen Äußerungen aus den Reihen der PS.

Schwieriger EU-Partner

Das gedankliche Schema des »Wir und die anderen« dominiert auch Frankreichs Handeln in der EU. Die wiederkehrende Frage, ob Frankreich seine Interessen in Brüssel gut genug vertritt, oder die Sorge, dass etwa der Europäische Verfassungsvertrag Kernbestände der französischen Identität (nämlich das französische Sozialmodell) bedrohen könnte, zeigen, dass Frankreich auch nach 50 Jahren Integrationsgeschichte mit der EU hadert.

Europa wird in Frankreich immer noch »westeuropäisch« und »kontinental-karolingisch« – ideell auf den Kern der Gründerstaaten reduziert – gedacht. Die Polemik gegen den »polnischen Klempner« in der Kampagne gegen den Verfassungsvertrag war mehr als eine kurze Episode: Das Unbehagen über die vollzogenen und die Vorbehalte gegen die künftigen Erweiterungsschritte sind groß. Frankreich fühlt sich an die Peripherie der EU gedrängt. So verwundert es kaum, dass keiner der Kandidaten

2007 aktiv für eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses wirbt. Bleibt der politische Führungswille auch in den kommenden Jahren aus, könnten die mittlerweile verfassungsmäßig vorgeschriebenen Referenden über alle EU-Beitritte nach der Aufnahme Kroatiens scheitern.

Wie eine Alternative zum Verfassungsvertrag mit Frankreich durchgesetzt werden kann, wird ebenfalls vom politischen Führungswillen der neuen Amtsträger in Paris abhängen. Während die von Sarkozy angekündigte parlamentarische Ratifizierung gelingen dürfte, könnte ein erneutes Referendum zur Zitterpartie werden. Royal und Bayrou verfechten diese Option – wobei der UDF-Kandidat der glaubwürdigere Europapolitiker ist. Die Sozialistin hat zudem geäußert, dass ein neuer Verfassungsvertrag, der parallel zu den Europawahlen 2009 ratifiziert werden sollte, durch ein Sozialprotokoll zu ergänzen sei. Dieses sollte unter anderem die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn enthalten und birgt entsprechend viel Streitpotenzial innerhalb der EU.

Zwischen den EU-Ratspräsidentenschaften

Wie die Wahlen im Mai und Juni auch immer ausgehen mögen, Frankreich wird seine strategische Bedeutung als Partner für die deutsche Europa- und Außenpolitik nicht einbüßen. Frankreich ist wirtschaftlich und gemessen an seiner Bevölkerung das zweitgrößte Land der EU, eine von zwei Atomstaaten in der Union und hält einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die weltweit fünftgrößte Volkswirtschaft ist wichtigster Handelspartner Deutschlands, die französische Bevölkerung entwickelt sich demographisch so dynamisch wie keine andere in der EU. Frankreich ist eines der wenigen Länder, das ein politisches Gegengewicht zu den USA darzustellen wagt, und macht über das Netzwerk der Frankophonie seinen Einfluss geltend.

Das oft totgesagte deutsch-französische Tandem vermag – sofern Frankreich wieder

als konstruktiver Partner aufsteigt – auch in der erweiterten EU politische Impulse zu geben. Dies kann aber nur mit Partnern in Ost und West gelingen, mit kleinen und großen Ländern an der Seite.

Nach der Stabübergabe in Paris wird es zwischen Deutschen und Franzosen zunächst eine Phase des Abtastens geben. Die routinierten Beziehungen auf der Arbeitsebene im Rahmen des Elysée-Prozesses und der regelmäßigen Blaesheim-Gespräche sollten weiter stabilisiert werden.

Die vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, dass aus diesen Arbeitsbeziehungen nicht automatisch europapolitische Weitwürfe hervorgehen. Zum Ende der deutschen EU-Präsidentschaft und mit Blick auf die französische im zweiten Halbjahr 2008 sollte daher viel Energie darauf verwendet werden, Frankreich wieder zurück in die Kerngruppe jener zu holen, die über die europapolitische Zukunft reflektieren. Deutschlands Aufgabe ist dabei, für ein noch tieferes Verständnis der Gründe zu sorgen, die Frankreich in die aktuelle europapolitische Krise rutschen ließen – allerdings sehr klar auch seine Erwartungen an den Partner zu formulieren: dass Frankreich seine Haltung zur Integration in einer ehrlichen Debatte grundlegend klärt und vereinbarte Projekte, wie die Umsetzung des Binnenmarktprogramms, wieder aktiv unterstützt. Je nachdem, wer am 6. Mai in den Elysée-Palast einzieht, wird dieser Dialog leichter oder schwerer fallen.

Die gute Nachricht vor der Wahl ist, dass die Abkehr von den beiden Großparteien UMP und PS nicht zu einem ungebremsen Zustrom von Wählern an den FN, das MPF oder die Linksextremen zu führen scheint. Statt dessen profitiert – zumindest zeitweise – Bayrou als Kandidat der UDF. Dass er 2007 als Wahlalternative zu gelten scheint, lässt hoffen, dass mittelfristig politische und intellektuelle Strömungen an Gewicht zurückgewinnen, die dem Leitbild einer – europäisch und international geöffneten – liberalen Demokratie folgen und Frankreich wieder dem selbstproklamierten Ideal der Republik annähern.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364